

Freier Verband Deutscher Zahnärzte

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Landesversammlung 2022 Güstrow 8.6.2022

Antragsteller: Landesvorstand

Kurztext: Resolution

Auswirkungen auf den Haushalt (unmittelbar erkennbar): keine

Wortlaut des Antrages:

Die Gesundheitswirtschaft ist ein Wachstumsmarkt. Sie ist ein Wirtschaftsfaktor und Arbeitsplatzgarant. Eine tragende Säule im Gesundheitsmarkt sind die Freien Berufe.

Nur die freie Berufsausübung schafft das Vertrauen, durch das Patienten und Zahnärzte unabhängig von den Interessen Dritter individuelle und bedarfsgerechte Therapieentscheidungen fällen können. Die Landesversammlung Mecklenburg-Vorpommern des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert die Bundesregierung deshalb auf, sich bei der Weiterentwicklung des Gesundheitssystems von folgenden Grundsätzen leiten zu lassen:

1. Freie Praxen erhalten

Freiberuflich selbstständige Praxen sichern mit eigenem Einsatz von Kapital und Wissen die flächendeckende hochwertige (zahn-)medizinische Versorgung mit freier Arzt- und Therapiewahl. Ihre Existenz wird durch renditenorientierte investorengetragene Medizinische Versorgungszentren bedroht.

2. Private Vollversicherung erhalten

Mündige Bürger müssen die Möglichkeit erhalten, über die Absicherung gesundheitlicher Risiken selbst zu entscheiden: Pflicht zur Versicherung statt Pflichtversicherung.

3. Gebührenordnung in die Hand der Zahnärzteschaft

Die Gebührenordnung muss zeitnah an die medizinische und die wirtschaftliche Entwicklung angepasst werden. Das Recht zur Vorlage

einer Gebührentaxe als Rechtsgrundlage der Honorierung zahnärztlicher Leistungen gehört in die Verantwortung der Zahnärzteschaft.

4. GKV dauerhaft entlasten

Alle versicherungsfremden Leistungen der GKV müssen dauerhaft aus Steuermitteln finanziert werden.

5. Budgetierungen dauerhaft beseitigen

Definierte Ausgabenvolumina sind nicht bedarfsgerecht. Leistungssteuerung muss durch Aufklärung und Eigenbeteiligungen erfolgen.

6. Selbstverwaltung ermöglichen

Die (zahn-) ärztliche Selbstverwaltung mit ehrenamtlicher Vertretung ist näher am Leistungsgeschehen als jede Fremdverwaltung. Die Betroffenen können ihre Angelegenheiten am besten selber regeln. Das hat sich in der Corona-Pandemie erneut bestätigt. Staatliche Eingriffe sind auf das Setzen von Rahmenbedingungen zu beschränken.

Abstimmung: